

Berliner Volkszeitung

Abend-Ausgabe
Donnerstag, 16. März 1911

„Es muß etwas geschehen.“

Ein Anglistprodukt.

Die Religionsgespräche des Konventionsbundes und der aus ihm durch persönliche Abhaltung hervorgegangenen kulturpolitischen Vereinigung haben das Berliner Konfessionsforum in angreifbarer Verlegenheit verfaßt. Nachdem vollends jüngst, bei einer öffentlichen Auseinandersetzung zwischen Konventionsbund und Klerus, ein kampfbereiter orthodoxer Militärprediger — der zum Zivilstrafdienst übergegangen ist — sich eine Niederlage holte und der Konventionsbund zum Vortragsabend des Bremer Pfarrers Diphuis die gesamte Berliner Öffentlichkeit einlud, sagten sich die hochwürdigen Herren: Es muß etwas geschehen.

Wenn aber in Bremen etwas geschied, so nimmt es ganz von selbst die Form eines Verdicts an. Am Morgen des letzten Sonntags, an dessen Abend in der Singakademie das jüngste Religionsgespräch mit Professor Drews über das Christusproblem stattfand, wurden die Berliner Pastoren durch eine Verfügung des königlichen Konfessionsrats bestraft, die ihnen die zukünftigen Superintendenzen (die Pfarren nennen sie unter sich die Bezirksämter) des Konfessionsrats und ihre eigenen Briefschaften ordnungsmäßig zu stellen. Das Schriftstück ist so formell wie die Anknüpfung des Konfessionsrats, daß es, bisher nur kurz erwähnt, seiner originellen Begründung nach „voll und ganz“ in die Öffentlichkeit geht.

Der königliche Superintendent weist die Pfarren seines Sprengels im Auftrage des königlichen Konfessionsrats darauf hin, daß eine Beteiligung der evangelischen Geistlichen an dem für den 15. März angekündigten Vortrags- und Diskussionsabend sowie an sonstigen Versammlungen des Konventionsbundes im Interesse der evangelischen Kirche nicht erwünscht ist. Die Begründung dieser kirchlichen Polizeipolizei soll im Wortlaut folgen:

Daß der Konventionsbund mit seiner Ablehnung jeder übernatürlichen Offenbarung, mit seiner Betonung der naturwissenschaftlichen Erkenntnis als der einzigen Grundlage alles Geisteslebens, mit seiner kritischen Propaganda für den Austritt aus der Kirche nimmt eine so scharf gegensätzliche Stellung gegen die Kirche und das von ihr gepredigte und bezeugte Evangelium ein, daß eine irgendwelche, selbst die durch die Beteiligung der kirchlichen Kreise nur eine verstärkte Anziehungskraft der vom Konventionsbund veranstalteten Vorträge zu befürchten ist, wie denn auch die Berichte über die bisher stattgefundenen Religionsgespräche eine Förderung der kirchlichen Interessen in keiner Weise erkennen lassen.

Dies wahrhaft königliche Anglistprodukt spricht so deutlich für sich selbst, daß man eigentlich kein Wort hinzufügen sollte. Wenn der heilige Vater in Rom seinen Priester auf dem Erdenrund neuerdings den Besuch der Theater und der Wirtshäuser verbietet, so ist das zwar sehr schmerzhaft für die Träger der Zucht, mit deren Amt bereits die unangewiesene Gehilfenheit und andere Unbequemlichkeiten des Lebens verbunden sind. Aber der Papst hat über diese Sachen die unbedingte Jurisdiktion und verfügt über ihre Seele wie über ihre Leiber. Im Bereich des Protestantismus jedoch sind solche katholischierenden Maßregeln, wie sie hier in einer förmlichen Weise wiederum antwortet, konfessionell verwerflich und rechtlich unzulässig; denn kein Konfessionen oder sozialdemokratische Versammlungen und die Beteiligung an der Diskussion im Ernst auferlegen; es fehlt jedes rechtliche Mittel zur Durchführung des beherrschenden Wunsches. Die Pfarren können freiwillig sich ihrem Konfessionsrat begeben, fordern darf es niemand von ihnen!

Es ist töricht, zu sehen, wie besorgt das Kirchenregiment für die Pfarren ist, daß sie sich in der rauhen öffentlichen Luft nur so nicht einen Schmutz ausziehen oder von einer Anstalt ihres Geistes heimgesucht werden. Der sichere Schutz der Könige, auf der nur der Herr Vortragsabend das Wort ohne nachfolgende Diskussion hat und unter der dabei die Schaffensarbeit der andächtigsten Schwärze, ist der angemessene Wirkungskreis des evangelischen Pfarrers, wie ihn sich das Konfessionsrat macht! Nicht er sich erst auf eine parlamentarische Debatte mit den Vertretern des „Agläubens“ ein, wo Mann gegen Mann steht und wo die Salbungswörter in seinen Gindrud macht, so handelt er gegen die „Interessen“ der Kirche. Und ein solches Kirchenregiment will die Religion vertreten, die sich als „Sauerleim“ in den drei Schichten des Welt, als „Kitt“ der Erde führt und die mit dem heißen Banner einberichtet: Unser Glaube ist der Sieg, der die Welt überwunden hat!

Paulus hatte eine etwas andere Meinung über den offenen christlichen Kampf mit den Gegnern, und was würde nicht ein Adolf Hitler zu dieser Verfügung gesagt haben, die ihn den Pastoren der Zukunft bester Zeit anweist und von ihnen verlangt, daß sie dem Herrn Klerus die allerwerteste Würdigung zu desto gelassener Giebel zuwenden? Wir hoffen, daß die Berliner „Geistlichen“ (wie es denn schon am Sonntagabend der Fall war) sich von dieser Jagd ohne Verzeihen der Pfarren jenseit: Immer reiches gehen, meine Herren! Ich eigenes Verhalten nicht vorbringen lassen wird! Sindem sich man den Wert: man lese die Worte, man finde sie auf dem Fuß! Es ist, damit sie nicht herunterpurzen, man legt ihnen das Scherzstückchen um und steckt ihnen den Pfeil in die Hand. Die Berliner Pastoren aber sind reise Männer. Sie werden selbst entscheiden, was sie zu tun und zu lassen haben. Solche Verfügungen ohne Konsequenzen hinterlassen einen lächerlichen und ärgerlichen Eindruck und können nur dazu beitragen, dem Konventionsbund, den man bekämpfen will, indem man ihm das

Kurze Chronik.

Der Bundesausschuß für Glas-Vorhänge hat den Antrag Blumenthal, Vorhänge auf völlige Gleichstellung mit Glas-Vorhängen mit den deutschen Bundesstaaten usw. mit allen gegen eine Stimme angenommen.

Das Appellgericht in London verurteilte einen Scherz, der in der Kirche eine Missionspredigt unterbrochen hatte und in einer Falschheit unterbrochen wurde, wegen Verhinderung der Kultusfreiheit zu 200 Francs Geldbuße.

Das englische Unterhaus hat die im Budget vorgeschlagene Effektivsteuer des Meeres genehmigt.

Die Wahlenarbeiter der Umgebung von Assabon, die sich im Ausland befanden, haben die Arbeit wieder aufgenommen.

In der Republik Mexiko sind die konstitutionellen Garantien für die Dauer von sechs Monaten aufgehoben worden.

Näheres im Text des Blattes.

Wasser abgräbt, neue Anhänger in Scharen zuführen. Th. K.

Nationalliberale Antifemiten.

Gießen, 16. März. (Telegramm.)

Der nationalliberale Wahlkreisverband hat beschlossen, bei der bevorstehenden Reichstagswahl in diesem Wahlkreis den deutsch-sozialen Kandidaten Werner gegen den Sozialdemokraten zu unterstützen.

Dieser Beschluß des nationalliberalen Wahlkreisverbandes stellt noch eine größere Wagnis für die Nationalliberalen dar als die ungenügende Wahlkreisverträge, die diese Partei im Wahlkreis Gießen mit ihrem agrarisch gerichteten Kandidaten erlitten hat, dessen Stimmzahl gegenüber der Hauptwahl im Jahre 1907 von 7484 auf 2516 gesunken ist. Wir meldeben vor einigen Tagen, daß die nationalliberale Organisation in der Stadt Gießen selbst ihren Anhänger für die bevorstehende Stichwahl zwischen dem freigegebenen Kandidaten und dem Sozialdemokraten Stimmereit-Antifemiten und dem Sozialdemokraten Stimmereit-Antifemiten. Dieser Beschluß ist jetzt von den nationalliberalen Wahlkreisverbänden desabonnet worden. Das Reichstagswahlgesetz ist, daß dies auf Vertretern der nationalliberalen Parteiung zurückzuführen ist.

Vorgestern meldete die parteiökologische „Nationalliberale Korrespondenz“:

„Die von der „Frankf. Stg.“ verbreitete Meldung über eine von der Giesener nationalliberalen Organisation für die bevorstehende Stichwahl ausgegebene Parole ist, wie uns von dem Vorliegenden des Nationalliberalen Reichstagswahlkreises mitgeteilt wurde, unrichtig. Die geordnete Wahlkreisvertretung wird erst morgen (Mittwoch) zur Angelegenheit Stellung nehmen.“

Die „Nat.-Stg.“ hatte dieser Mitteilung zugefügt: „Voraussetzungen sind die Unterstützung des Kandidaten durch die Wahlberechtigten.“ Wie es die „Nat.-Stg.“ vorausgesetzt hat, ist es also gekommen. Die Leute der „Vorwärts“ haben ihren Willen durchgesetzt, und die nationalliberale Parteiung hat es unter dem Kommando der Giesener Wahlkreisverbände des Freitags v. G. auf den nötigen Druck gegenüber ihren Anhängern in Giesener Wahlkreise nicht fehlen lassen.

Im diesen erbärmlichen Notan der Nationalliberalen vor den Wahlen zu kommen, muß man sich vergegenwärtigen, daß der antileitende Kandidat im Wahlkampf die Nationalliberalen als „Partei der Schurken“ bezeichnet hatte. Ein geringeres Maß von Selbstachtung hat wohl noch nie eine Partei an den Tag gelegt, als es die Nationalliberalen hier tun.

Um so mehr aber haben die freistimmigen des Wahlkreises die fällige Pflicht, in der Stichwahl Mann für Mann für den Sozialdemokraten einzutreten. Die Gesamtzahl der bei der Hauptwahl abgegebenen freistimmigen und sozialdemokratischen Stimmen beläuft sich auf 13025, während der antileitende Kandidat, vorausgesetzt, daß ihm in der Stichwahl sämtliche 2511 nationalliberale Stimmen zufließen, es nur auf 10469 Stimmen bringen könnte. Es wäre also Schuld der Freistimmigen, wenn in der Stichwahl nicht der Sozialdemokrat, sondern der Antifemite gewählt würde. Dazu werden es aber hoffentlich die freistimmigen Wähler des Wahlkreises nicht kommen lassen.

Rittergutsbesitzer Arthur Becker, Werthmannshagen, das Ober des unerschütterlichen Größtbesitzer Richter, sprach dieser Tage in drei überaus öffentlichen Versammlungen zu Rummelsburg, Bütow und Rössin. In Rössin waren etwa 1500 Personen im Verein, die Herr Becker am Schluß seiner durchaus sachlichen, seinen Prozeß kaum berührenden, aber dennoch hochinteressanten Ausführungen über liberalen Bauernpolitik einmütigen Beifall darbrachten. Die Stimmung in allen Versammlungen war ausgezeichnet. Sie war ein bezauberndes Zeugnis für die Wichtigkeit, deren sich der unerschütterliche Befürworter der Lebensweise der Verwaltung in den weitesten Domänen des Junkertums erfreut. In Rummelsburg war das Landratsamt vom Herrn Landrat selbst in der Versammlung vertreten. Landrat, Kreisrat, Kreisbauernrat und Kreislandrat waren mit ihrem Besuch einer Rechtfertigung der konservativen Politik auf den härmlichen Widerstand der Versammlung. In Rössin hatten es

die Vertreter der Kararbenmagie vortragen, sahste zu bleiben, wo hingegen am nächsten Tage Herr Becker in dem Rössiner Kararbenmagie — Vorsitzender der betreffenden Sitzungsgesellschaft ist der königliche Landrat des Kreises Rössin! — in bekannter Weise persönlich angegriffen wurde. Herr Becker kann allerdings angegriffen der Erfolge seiner Versammlungen und der Sympathien vieler Kreise solche Anwürfe leicht verweigern.

Disziplinarverfahren gegen Karl Liebknecht.

Auf Beschluß des ersten Zivilsenats des Kammergerichts vom 27. Februar d. J. ist gegen den sozialdemokratischen Abgeordneten Rechtsanwalt Dr. Karl Liebknecht das Disziplinarverfahren im Berlin ohne Vorunterstützung eröffnet. Zu diesem Beschluß leitete der „Vorwärts“ folgendes mit:

Der Beschluß erklärt Liebknecht für hinreichend verurteilt, auf dem Magdeburger Parteitag durch die von ihm eingebrachte Resolution über die Verlegungsgelände in Gumbold und den Zarenbesuch in Deutschland und durch seine Begründung zu dieser Resolution den zuständigen Parteien sowie die preussische und sächsische Regierung beleidigt, dabei auch „unzulässige Auslassungen“ getan zu haben. Dadurch soll sich der Anstand anerkennen seines Berufes der Achtung, die der Beruf des Rechtsanwalts erfordert, unwürdig gezeigt und seine Pflichten verletzt haben.

Der Beschluß des Kammergerichts ergibt, daß sowohl der Reichsanwalt in Leipzig wie die Staatsanwaltschaft in Magdeburg und die Oberstaatsanwaltschaft in Naumburg mit der fraglichen Resolution und Rede befaßt waren — auf dessen Antrag, ist leider nicht ersichtlich. Wie drei Instanzen haben jedoch einen Antrag zum Staatsrechtlich Geschiedenen gegen den Genossen Liebknecht nicht gelassen. Also keine realen Handlung für vorliegend erachtet. Demnach wurde nunmehr ein ehrenrechtliches Verfahren eingeleitet. Der Vorstand der Anwaltskammer in Berlin hat den Antrag des Oberstaatsanwalts am Kammergericht, gegen den Genossen Liebknecht die ehrenrechtliche Vorunterstützung zu eröffnen, abgelehnt. Auf Beschwerde ist nun der Beschluß des Kammergerichts ergangen. Dieser Beschluß geht heute bis zum Moment der Zustellung des Kammergerichtsbeschlusses seine entferte Klage, daß irgend etwas gegen ihn im Gange war.

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Abgeordnetenhauses trübten mit Unterstützung der Polen heute im Abgeordnetenhaus dem schleunigen Antrag eingebracht, die königliche Staatsregierung zu veranlassen, das gegen den Abgeordneten Dr. Liebknecht vor dem Ehrengericht der Anwaltskammer in Berlin laufende Verfahren für die Dauer der gegenwärtigen Session einzustellen.

Sturm in der Duma.

(Telegramm)

Im Laufe der gestrigen Sitzung der Reichsduma wurde die Interpellation über die Vorgänge an den Hochschulen erörtert. Das Mitglied der äußersten Rechten Obratow sprach über die Sozialdemokraten und behauptete, daß während der Revolutionäre Sprechern sich zu Gunsten von Sozialdemokraten angeboten hätten, um ihre Propaganda erfolgreicher zu betreiben. Diese Worte waren Proteste auf der linken Seite des Hauses hervor. Man hörte die Ausrufe: „Gerant mit dem Schult!“ und es entstand ein sehr heftiger Lärm, der sich trotz der Ermahnung des Präsidenten immer mehr steigerte. Als Obratow weiter zu reden versuchte, forderte ihn der Präsident auf, die Tribüne zu verlassen, da die einmündige Redezeit verfallen sei. Das ist wieder auf den Banken der Rechten einen Sturm hervor. Der Präsident schloß die Sitzung unter großem Lärm. Mitglieder der Rechten und der Rechten rufen zur Reue zurück, doch die Rechten des Hauses stellen sich dagegen und verhielten einen Zusammenstoß. Erst als die elektrische Beleuchtung abgestellt wurde, vertiegt die Deputierten allmählich im Saal.

China rückt.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

Das „Kowojie Wremja“ meldet aus Charchin, daß festgelegt der Transport militärischer Frachten auf der mandchurischen Bahn stattfindet und China neue Truppenkörper formiert. In Kichie sind zwei Kanonen und vierhundert chinesische Soldaten eingetroffen. In Schanhai sind zwei große chinesische Truppentransporte beladen. In der Provinz Jiangsu hat sich eine „Gesellschaft des gelben Kreuzes“ gebildet, die sich die Vertreibung der Russen zur Aufgabe stellt. In russischen Provinzen verlangt man das Vorgehen Russlands gegen China mit einer gewissen Unruhe. Die Worte beginnen nervös zu werden.

Aus China laufen ferner Nachrichten über das Wachsen der Hungersnot im Verein des Landes ein. Besonders trübselig die Lage in der Schanprowing, wo die Bevölkerung ihrer Frauen und halbwüchsigen Töchter veräußert. Die Regierung scheidet, daß der Hunger in eine antichristliche Bewegung umzuwandeln kann. Aus vielen Provinzen melden die Gouverneure Revolten des hungernden Volkes.

„Rathswahlen“ in Adin. Ein Privattelegramm aus Adin meldet, daß bei der gestrigen Repräsentantenwahl der evangelischen Gemeinde in Adin, die völlig unter dem Zeichen der Jathbaungegenheit stand, siegte die Liste

an Bord, das am 20. Februar ...

Der in den letzten Tagen an der belandeten Küste ...

Die Kalk-Samiergelder.

Die Abstimmung über die Verwendung der Kalk- ...

Für den Betrag der dem Reiche aus der Ausführung ...

Diese Spezialsteuerung des Verwendungszwecks der Kalk- ...

Nach Erledigung der Beitritten zum Etat des Reichs ...

Der Kultusetat im Abgeordnetenhaus.

Am Mittwoch, 16. März, 10. Sitzung vom 16. März. ...

Die Kultusetat im Abgeordnetenhaus ...

Riute der Stadt rechtlichen diesen Plan; hinzu- ...

Der Reichstag heute heute die zweite Lesung des Etats ...

Der Mordprozess von den Velden.

Am heutigen dritten Verhandlungstage wird zunächst ...

Die zweite Lesung des Kultusetats wird fortgesetzt ...

war, zu erkennen, ob ein ihm gegenüber stehender ...

Nach ein Missprozeß. Vor dem Landgericht II fand ...

Kleine Chronik

Unter dem Verdad der Brandstiftung wurde gestern ...

Der doppelte Raubmord. In dem Dorf Streß bei Tannen- ...

Der Mörder von Klapham zum Tode verurteilt. Der ...

Die französische Einkommensteuerreform.

Der Ministerpräsident und der Finanzminister ...

Pept in Ostafrika.

Aus Deutsch-Ostafrika wird vom Gouverneur telegraphisch ...

Letzte Nachrichten

Der Gesundheitszustand Friedrich Gaede wird trotz einer ...

Kopenhagen, 16. März. Prinz Arvid, der zweite Sohn ...

Berlin, Kaufmann O. Keiser, Michaelkirchstr. 23. ...

Handelsteil

Von der Börse. Die Börse zeigte heute von Anfang an eine ...

Berliner Produktenbörse. Im hiesigen Liefergeschäft ...

mit großer Ruhe, wie aus dem Schiefstand

gezeigt haben, da diese Art Revolver im allgemeinen ...

Am Frühlmarkt wurden notiert: Weizen indischer 194-196 ...

Metalle. London, 16. März. Standardkupfer steigt ...

Ein Bericht über die Entwicklung der Zinsen...

Berliner Börse. 6. März 1910

Handelskreditanstalt für Deutschland...

Main table containing stock market data, including columns for company names, share counts, and prices. Includes sections for 'Deutsche Hypothek-Pfand', 'Bank-Aktien', and 'Ungar. Indust. Gesellschaft'.

Vertical text on the left margin: 'Ein Bericht über die Entwicklung der Zinsen...' and 'Handelskreditanstalt für Deutschland...'.

Vertical text on the right margin: 'Handelskreditanstalt für Deutschland...' and 'Handelskreditanstalt für Deutschland...'.